

29.1.2008

# Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

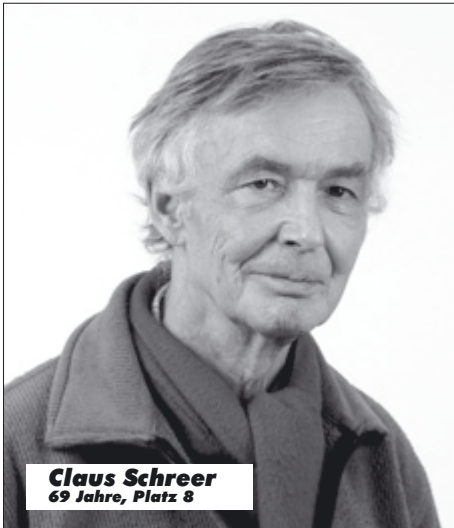
**MANNI MANAGER**  
on wire



Jede Partei ist prinzipiell wählbar außer die Linke. – Die mit ihrer Antikriegs-Stimmungsmache, das grenzt fast an Hochverrat – an unseren Geschäftsinteressen jedenfalls.

## Wählt links!

### Solidarisches München - München für alle!



**Claus Schreer**  
69 Jahre, Platz 8

„Naziaufmärsche und die jährlichen Treffen der NATO-Kriegsstrategen dürfen in München nicht geduldet werden. Für entschlossenen Widerstand gegen FaschistInnen und KriegstreiberInnen braucht es eine starke Linke.“



**Sonja Schmid**  
64 Jahre, Platz 9

„Ich engagiere mich im Sozialforum München. Im Zusammenwirken von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten sehe ich den Schlüssel für Veränderung, sowohl kommunal als auch international.“

Auszüge aus dem Programm der Linken zur Kommunalwahl auf Seite 5

#### 44. SICHERHEITSKONFERENZ 2008

### Warum gerade in München?

„Die Welt im Umbruch – veränderte Machtverhältnisse – fehlende Strategien.“ Unter diesem Titel treffen sich 250 Vertreter der EU und der USA, darunter 30 Kriegsminister. Die Frage der „Sicherheit“ wird sich darauf beschränken, die Profite der Rüstungskonzerne (siehe Kasten) abzusichern in einer „Welt im Umbruch“. Die „veränderten Machtverhältnisse“ sind gekennzeichnet durch das Erstarken der EU gegenüber den USA. Die „fehlenden Strategien“ drücken das Desaster im Irak und in Afghanistan aus. Die ganze Sache ist gefährlich.

Die weltweite Zusammenarbeit der Imperialisten scheint das Bestimmende zu sein, was auch die Sicherheitskonferenz zeigen soll. Das ist der Nährboden für Begriffe wie „Globalisierung“. Seit 1990 geht

es allerdings um eine Neuaufteilung der Welt. Der Kampf um Einflussphären wird ökonomisch, politisch und militärisch ausgetragen. Der US-Imperialismus tritt dabei offen aggressiv auf, also ist dieser schein-

**In dieser Ausgabe:**

Sie hetzen wieder: Vorsicht vor **Koch und Konsorten** ..... 4

Arm trotz Arbeit: Ist der Einstieg in den **Mindestlohn** geschafft ..... 6

Bei der **Telekom** sind nun Beamte und Leistungslohn im Visier ..... 6

**MAN:** Krach um den Aufsichtsrat .... 8

MÜNCHEN 8./9. FEB 2008

**PROTEST UND WIDERSTAND!**

**GEGEN DIE NATO-KRIEGSTAGUNG**

FREITAG, 8. FEBRUAR: 16 UHR  
PROTESTKUNDGEBUNG MARIENPLATZ

SAMSTAG, 9. FEBRUAR: 16 UHR  
GROSSKUNDGEBUNG MARIENPLATZ

**18<sup>00</sup> DEMO ZUR RESIDENZ**  
GEGEN DIE NATO-KRIEGSPLANER



AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ  
Info: [www.sicherheitskonferenz.de](http://www.sicherheitskonferenz.de), [www.mueschner-friedensbundes.de](http://www.mueschner-friedensbundes.de),  
[www.gegen-krieg-und-rassismus.de](http://www.gegen-krieg-und-rassismus.de), [www.no-nato.de](http://www.no-nato.de), [www.affor-muenchen.org](http://www.affor-muenchen.org)  
U.S.L.P. - Günter Wonne u/a. Förderkreis e.V., Schulhof 4, 80339 München, Fax: 8 2401/1000, E-Mail: gwonne@u.s.l.p.de

bar der Hauptfeind. Diese Betrachtungsweise ist populär und wird in der bürgerlichen Presse so publiziert.

Fortsetzung auf Seite 2



*Horst Teltschik, der Organisator des Kriegstreibertreffens, das nun zum 44. mal in München stattfindet.*



*George W. Bush, im Schlepptau von Kanzlerin Merkel während des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm?*

Fortsetzung von Seite 1  
44. SICHERHEITSKONFERENZ 2008

### **Warum gerade in München?**

Die Neuaufteilung der Welt erfolgt nach der Macht, also nach dem Kapital. Eine andere Methode gibt es nicht im Kapitalismus. Die EU hat das erklärte Ziel, bis 2010 die USA wirtschaftlich zu überholen. Welche Rolle spielt dabei „unser“ Imperialismus, der deutsche, der landläufig als zu schwach angesehen wird, um eine Gefahr darzustellen?

### **Warum gerade in München?**

1956 finanzierte das Verteidigungsministerium unter dem ehemaligen Wehrmachtsoffizier Franz Josef Strauß den Entwicklungsring Süd, eine Kooperation der Firmen Heinkel, Messerschmidt und Bölkow zur Entwicklung der Luftrüstung. Daraus wurde MBB, dann DASA und schließlich der Rüstungskonzern **EADS**, inzwischen deutsch-französisch.

1962 fand die erste „Wehrkundetaugung“ statt. Franz Josef Strauß, der neue CSU-Vorsitzende, war von Anfang an wichtiger Teilnehmer zusammen mit anderen Rüstungslobbyisten aus der BRD und den USA. München wurde in den 60er Jahren zum Rüstungszentrum der BRD.

1999 übernahm die Quandt-Stiftung (BMW) die Ausrichtung der „Sicherheitskonferenz“. Organisator ist Teltschik, Berater von Kohl, Boeing-Präsident in der BRD, BMW-Vorstandsmitglied, Vorstandsmitglied der Quandt-Stiftung - ein typi-

scher Netzwerker des Monopolkapitals.

Die Gastgeberrolle ist München auf den Leib geschrieben: Die Zentralen der Rüstungsunternehmen **Siemens, Rohde & Schwarz, EADS, Krauss-Maffei, MAN, MTU** befinden sich hier. Und sie entspricht der Rolle, die der deutsche Imperialismus bisher gespielt hat als vermeintlicher Friedensstifter und ehrlicher Makler.

### **Mit EADS gegen Boeing**

Bei **Airbus**, der wichtigsten EADS-Tochter, werden schon mehr Flugzeuge produziert als beim US-Konzern Boeing, wobei das Rüstungsgeschäft noch besser läuft als das zivile.

Der A 380 ist das Symbol deutscher Großmachtgelüste. Mit seinen Problemen begann verstärkt das Ranking der deutschen und der französischen Monopolisten darum, wer in dem gemeinsamen EADS-Kartell das Sagen hat.

Trotz des Dauerstreits ist EADS nach wie vor die militärische Antwort auf die Überlegenheit des US-Imperialismus, wie sie den deutschen Imperialisten während des Balkankriegs 1990 vorgeführt wurde.

Die transrheinische Achse Berlin - Paris ist ein Bündnis auf Zeit und daher brüchig, aber die Räder rollen gegen den US-Imperialismus.

Mit Waffenprojekten wie dem **Eurofighter** soll eine einheitliche technologische Basis in der EU geschaffen werden.

Der Tornado, der soeben in Afghanistan Kriegseinsätze fliegt, war dessen Vorgänger. Mit ihm gelang in den 80er Jahren der entscheidende - deutsche - Schritt zur eigenständigen Luftwaffe. Franz Josef Strauß hatte den Boden bereitet, als er vom US-Rüstungskonzern Lockheed 900 Starfighter kaufte. Jeder dritte stürzte ab, doch das Know-How des „Witwenmachers“ war

für den deutschen Imperialismus unverzichtbar.

Nun treten auch Lenkwaffen, z. B. von **Diehl** in Nürnberg, in Konkurrenz zu den bisher dominanten US-Herstellern. Und mit **Galileo** soll die Unabhängigkeit vom US-amerikanischen GPS gesichert werden.

Derzeit ist die Überlegenheit des US-Imperialismus mehr durch seine Kriegserfahrung bestimmt als technologisch. Es ist eine Stammtischparole, dass die Bundeswehr nur Schrott habe. Um „international Verantwortung“ zu übernehmen, wird die Bundeswehr mit einem Milliardenprogramm aufgerüstet. Das aktuelle Budget beträgt 28 Milliarden, jährlich sollen 500 Millionen dazukommen. Bezahlt wird das von den HartzIV-Empfängern und mit der 67er-Rente.

### **Der Sprung nach dem Osten**

Der deutsche Imperialismus war nach der Niederlage des Sozialismus der Einzige weltweit, der - durch die Einverleibung der DDR - sein Staatsgebiet vergrößern konnte. (Und sein Staatsvolk, wie sich mit dem EU-Vertrag vorteilhaft herausstellt!) Zu Beginn der 90er Jahre, wieder zum Sprung nach dem Osten geduckt, nahm er das Ziel auf, das er seit 200 Jahren verfolgt: die Dominanz in Europa.

Ein Alleingang war nicht opportun, so wurde das transatlantische Bündnis genutzt. Vor allem von Deutschland wurde anfänglich die Nato-Osterweiterung vorangetrieben, von Seiten der USA eher zurückhaltend. Rechtzeitig musste verhindert werden, dass sich die neu entstehenden Kapitalisten und deren Regierungen mit den GUS-Staaten verbünden. Das war das Vehikel, um sich die Ressourcen der osteuropäischen abhängigen Staaten zu Nutzen zu machen.



Massives Polizeiaufgebot schützt die Kriegstreiber - ganze Straßenzüge werden abgeriegelt, damit die Herrschaften ungestört tagen können.

Die ökonomische Abhängigkeit ist weit gediehen: **EON** und **RWE** bestimmen den osteuropäischen Energiemarkt, deutsche Banken kontrollieren die Kapitalströme, **Metro** und **REWE** füllen die Läden und deutsche Verlage bilden über die Zeitungen die herrschende Meinung.

### Neue Rolle in der Welt

„Erst wenn Deutschland zu einem ausgewachsenen Mannsbild herangereift ist, kann es sich von den Amerikanern loslösen“ (F. J. Strauß). Das transatlantische Bündnis hat die BRD gegenüber Europa gestärkt. Die Nato hat entscheidend zum Aufstieg des deutschen Imperialismus beigetragen. Das Kalkül des US-Imperialismus war ursprünglich ein anderes, nämlich Eindämmung des bekannt aggressiven Partners und zugleich sollte die BRD Bollwerk gegen die Sowjetunion sein.

Deutschland befinde sich „ökonomisch auf Augenhöhe“, wird ihm von US-Börsenhaien konzidiert. Und auf dem Rücken des US-Imperialismus ist der deutsche Imperialismus an allen Fronten dabei. Die erste Stufe des Aufstiegs, die „Normalisierung“, kann als abgeschlossen betrachtet werden. Es wird nun „internationale Verantwortung“ übernommen. Ist das Mannsbild so weit?

Der EU-Vertrag sieht eine zwangsweise Militarisierung aller Mitglieder vor. Nach

Schäubles „Europapapier“ sollen den Nationalstaaten die Zuständigkeiten für die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entzogen werden, um sie dem stärksten Imperialisten zu überlassen. Darum ist der EU-Vertrag (die „Verfassung“) so wichtig für den deutschen Imperialismus! Ein nächster Schritt ist gemacht mit dem neuen EU-Außenminister - auch wenn er nicht so genannt werden darf.

Der Kamm des deutschen Imperialismus schwilt. Das Mannsbild ist konkret eine Frau und bei ihrer ersten Rede vor der UNO forderte Merkel ersuche den Sitz im Sicherheitsrat. Gleich darauf zeigt sie dem US-Imperialismus, wo's langgeht: Neue Sanktionen gegen Iran seien notwendig; die Beweislast, keine Atomwaffen herzustellen, müsse beim Iran sein. Was einen Überfall erheblich erleichtert.

Es wird der offene Anspruch gestellt, die Macht des US-Imperialismus auch politisch, nicht nur ökonomisch anzugreifen. Der US-Dollar, diese jahrzehntelang scharfe Waffe im Wirtschaftskrieg, wird zunehmend stumpf. Der Iran nimmt starke Eu-



ros fürs Öl und betreibt die Gründung einer eigenen Ölbörse, wie auch Norwegen. Präsident Chavez in Venezuela ist für die Abkehr vom Öldollar. In der OPEC regt sich Widerstand und Saudiarabien will ebenfalls von der Fahne gehen. Der Euro ist eine strategische Veranstaltung und eine weitere, unverhüllte Kriegserklärung - an den US-Dollar.

Schlaglichtartig sollte gezeigt werden, wie sich die Widersprüche zwischen dem Hauptimperialisten Europas gegenüber dem US-Imperialismus zuspitzen. Die in München versammelten Manager aus Rüstung, Militär und Regierungen werden Mühe haben, die Widersprüche unter den Tisch zu kehren.

Und es wurde gezeigt, welche Ziele „unser“ Imperialismus hat, nämlich ein Europa „nach deutschem Wesen“ zu schaffen. Ihm ist vor einem dritten Versuch das Handwerk zu legen. *krrn*

**Vor 75 Jahren**, am 31. Januar 1933, wurde dem Naziführer Hitler die Macht übertragen. Das geschah im Auftrag der großen Konzerne wie Krupp, Siemens und der Chemieindustrie. Mit einer faschistischen Diktatur wurde jeder Widerstand erstickt. Von deutschem Boden ausgehend wurden die Völker Europas mit Krieg überzogen. So wollte sich der deutsche Imperialismus zum zweiten Mal zum Beherrscher Europas aufschwingen. Am Ende, 1945, blieben 50 Millionen Tote auf dem Schlachtfeld, war Deutschland am Boden.

**Unternehmen, Konzerne und Wirtschaftsvertreter** bei den letzten Sicherheitskonferenzen:

AEG-European Advisory Group • Barbour Griffith & Rodgers (USA) • BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie (BRD) • BOEING, weltweit größter Luft- und Raumfahrt-Konzern (USA) • Booz Allen Hamilton, Wirtschafts-Institut (USA) • BMW, Stiftung Herbert Quandt (BRD) • CNC AG, Metallverarbeitung (BRD) • Detec AG, Panzerteile, Geschütze (BRD) • Diehl & Co., Lenk Waffen (BRD) • DRS Electro-Optical Systems Group, Laser-Sinter-Technologie (USA) • EADS, Europas größter Kriegswaffenproduzent (BRD/Frankreich) • Electronic System- und Logistik GmbH (BRD) • Ford (USA) • General Dynamics Corporation, Panzer (USA) • Howaldswerke Deutsche Werft AG, U-Boote (BRD) • Industrieanlagen Betriebs-Gesellschaft mbH, (BRD) • Kraus-Maffei-Wegmann, Panzer (BRD) • J.F. Lehmann & Co, (USA) • Lockheed Martin, Flugzeuge, größter US-Rüstungskonzern (USA) • Mayer Brown Rowe & MAW, weltweites Anwaltskonsortium (USA) • Northop Grumman Corp., Flugzeuge (USA) • Rheinmetall AG, Panzer, Kleinwaffen (BRD) • Rohde & Schwarz, Rüstungselektronik (BRD) • Rolls Royce, Triebwerke (BRD) • Siemens AG, Elektronik, Kommunikationstechnik (BRD) • Thales International, Panzer (Frankreich) • The Cohen Group, internat. Consultingunternehmen (USA) • The Mercury Group, Kommunikationsberatung und -systeme (USA) • The Scowcroft Group, Militärberatung (USA)

(aus: Protest und Widerstand gegen die Nato-Sicherheitskonferenz, 1/2008)

## AufDraht-Quiz

Die „Friedensplakette“ wird jährlich verliehen

- A: von der NATO-Sicherheitskonferenz
- B: als alternativer Friedensnobelpreis
- C: von der Stadt München für Verdienste um das friedliche Zusammenleben
- D: von der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD

Auflösung auf Seite 5



## Vorsicht: Koch & Konsorten!

Eine Videokamera aus einem Münchner U-Bahnhof hält fest, wie ein Mann von zwei anderen zu Boden geworfen und getreten wird. Was bestenfalls der Polizei als Unterlagen zur Verfolgung der Täter dienen sollte, flimmert plötzlich während der Nachrichten auf allen Sendern über die Bildschirme der ganzen Republik. Was sonst Lokalsender berichten, soll nun die ganze Republik beschäftigen. Doch nicht die Körperverletzung ist dabei das wichtigste. Wichtig ist, dass die Täter Jugendliche türkischer bzw. griechischer Herkunft sind und das Opfer ein älterer Herr deutscher Herkunft. Diesen hätten die Täter mit „Scheiß Deutscher“ beschimpft, bevor sie ihn verfolgten und zusammenschlugen. Am nächsten Tag ist diese Nachricht in allen Zeitungen zu lesen. Von der Bild-Zeitung startete man in großen Buchstaben „Scheiß Deutscher“ entgegen. Eine wochenlange öffentliche Diskussion über kriminelle Jugendliche nicht deutscher Herkunft folgt. „Gerade bei Gewalt haben wir ein besonderes Problem bei jungen Menschen mit ausländischer Herkunft“ hetzte Koch. Die Münchner CSU klebte ein Bild der Videoaufnahme gleich auf ihre Wahlplakate, um allen die Bedrohung deutlich vor Augen zu führen. „Damit Sie nicht der nächste sind!“ war der Kommentar dazu.<sup>1</sup> Bundeskanzlerin Merkel stellt sich hinter Koch und erklärt ihrerseits, dass „43 Prozent aller Gewaltdelikte in Deutschland von Personen unter 21 Jahren verübt werden und davon wieder fast die Hälfte von ausländischen Jugendlichen.“<sup>2</sup> So werden Menschen aufgehetzt. Schon allein die Zahlen stimmen nicht,

aber wer weiß das schon? (siehe Kasten) Drastische Maßnahmen werden gefordert: Verschärfung des Jugendstrafrechts, Gefängnisstrafen möglichst schon für Kinder, Erziehungslager, schnellstmögliche Ausweisung jugendlicher Straftäter. Die wenigen noch verbliebenen Rechte wie das Recht auf Asyl, die dem im Wege stehen, sollen wohl gleich mit entsorgt werden.

Statt Arbeiter gegen Regierung und Kapital - Deutsche gegen Ausländer.

Wären die beiden Jugendlichen Deutsche gewesen und hätten den Rentner mit anderen Schimpfwörtern beleidigt, wäre das Ganze von Koch und Konsorten nicht aufgegriffen worden, wie z.B. ein Vorfall in der S-Bahn vergangenen Sommer. Dort hatte ein Fahrgast zwei Neonazis aufgefor-

dert, ihr „Sieg-Heil“-Geschrei zu unterlassen, woraufhin er mit Fausthieben traktiert worden ist. Doch damit wollen weder Herr Koch, noch die CSU Wahlkampf machen. Kein Wort darüber, dass es für viele Jugendliche schon zum Alltag gehört, mit „Scheiß Türke“ beschimpft zu werden. Kein Wort über die zunehmenden gewalttätigen Überfälle auf Menschen anderer Nationalität. Ganz im Gegenteil: Solche Haltungen und Taten werden geradezu gezüchtet durch diese Kampagne. Man braucht sich nur umzuhören. Die offenen Faschisten bekommen Aufwind. So demonstrierte die rassistische „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, personell eng mit der NPD verbunden, in München gleich gegen „Ausländergewalt“, Mahnwachen gegen „Inländerfeindlichkeit“ fanden statt. Die Deutschen als Opfer, die Ausländer als Täter - es sind altbekannte Muster, die da benutzt werden. Die NPD-Listen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ und „Pro München“ haben auf der Welle dieser rassistischen Kampagne die für die Stadtratskandidatur notwendigen 1.000 Unterschriften erhalten.

Selbstverständlich wird die Bevölkerung auch nicht über einen Zusammenhang aufgeklärt, auf den Karl Marx bereits vor 150 Jahren hingewiesen hat: wie die ständige Anhäufung und Vermehrung von Reichtum auf der einen Seite einhergeht mit der Anhäufung von „Elend, Arbeitsqual, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation (= moralischer Verfall. gr) auf dem Gegenpol“.<sup>3</sup> Nicht die Nationalität der Menschen hat damit etwas zu tun, sondern ihre soziale Lage. Koch, Beckstein und Co. geht es gerade darum, solche Erkenntnisse zu verhindern. Angst, Unzufriedenheit und aufkeimender Unmut großer Teile der Bevölkerung angesichts ihrer unsicheren Existenzbedingungen sollen in erwünschte Bahnen gelenkt werden - gegen Menschen anderer Nationalität. Sie sollen ihre Wut nicht gegen die Kapitalisten richten, die die Arbei-

### Tatsachen:

Journalisten der SZ haben untersucht, was an den Behauptungen von Koch und anderen stimmt, dass vor allem Jugendliche unter 21 Jahren und davon hauptsächlich nicht-deutsche Jugendliche Gewalttaten begehen. Sie haben folgendes herausgefunden:

„Im Jahre 2006 zählte die Polizei 511.358 Tatverdächtige von Gewalttaten; von ihnen waren 168.578 jünger als 21 Jahre. Gewaltdelikte gehen also nicht zur Hälfte, sondern ziemlich genau zu einem Drittel von jungen Menschen aus.“

„Von den Menschen unter 21 Jahren, die die Polizei einer Gewalttat verdächtigt, haben laut amtlicher Statistik 19,8 Prozent einen ausländischen Pass - gut 80 Prozent sind also Deutsche.“

Da aber in diesem Land lang noch nicht als Deutscher angesehen wird, wer nicht eine deutsche Ahnenreihe vorweisen kann, zitiert die SZ auch eine Untersuchung aus Niedersachsen. In dieser Untersuchung wurden unabhängig vom Pass auch jugendliche Gewalttäter miteinbezogen, die mindestens einen Elternteil haben, der in die BRD eingewandert ist. Doch auch dann sind nicht vor allem oder zur Hälfte „ausländische“ Jugendliche an Gewalttaten beteiligt. Ihr Anteil an den Gewaltdelikten Gleichaltriger beträgt 33 Prozent.

### Außerdem:

Arrest hilft nicht - im Gegenteil, die Jugendkriminalität wird dadurch gefördert. Die Rückfallquote beträgt 70 bis 80 Prozent.

Das wird in einer Resolution von fast 1.000 Richtern, Anwälten, Hochschullehrern, Jugendpflegern usw. festgestellt.

(Alle Zitate und Zahlen aus der Süddeutschen Zeitung vom 10. Januar 2008)

ter immer mehr auspressen und sie massenhaft auf die Straße setzen. Nicht gegen die Regierung, die im Interesse eben jener Kapitalisten die Sozialleistungen kürzt, die Renten, die Gesundheitsversorgung, das Arbeitslosengeld. Sie sollen nicht fragen, wer ein Interesse daran hat, demokratische Rechte zu zerschlagen und Krieg zu führen. Schon gar nicht sollen die Arbeiter auf die Idee kommen, den Kampf gegen all dies zu organisieren. Nein, sie sollen sich von ausländischen Jugendlichen bedroht fühlen und nach Zucht und Ordnung schreien - der Zucht und der Ordnung eben jener Herrschenden. Das ist nichts anderes als der Versuch, die Volksgemeinschaft zu formieren.

Je weniger solche Versuche von den Gewerkschaften und allen demokratischen Kräften in diesem Land bekämpft werden, um so größer ist die Gefahr, dass Menschen darauf hereinfallen. Wir sollten Koch und Co. ernst nehmen – als tatsächliche Bedrohung. *gr*

<sup>1</sup> Inzwischen sind diese Plakate aufgrund des heftigen Protestes, nicht zuletzt der Münchner Verkehrsgesellschaft, überklebt.

<sup>2</sup> SZ 5./6. Januar 2008

<sup>3</sup> Karl Marx: „Das Kapital“ MEW Bd. 23, S.675. Das gesamte Zitat lautet: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“

## AufDraht-Quiz

### Auflösung:

▲ ist richtig. „Auch in diesem Jahr wird die von Konferenzleiter Horst Teltchik initiierte ‚Friedensplakette‘ verliehen. Die Plakette soll Persönlichkeiten verliehen werden, die sich durch besondere Friedensinitiativen auszeichnen. ‚In diesem Jahr geht die Plakette an keine Einzelperson, sondern sie wird stellvertretend für alle Soldaten, die im Rahmen der NATO international Friedensdienst leisten, an einen kanadischen Soldaten verliehen werden‘, sagte Teltchik.“

Ein Friedenspreis für den Kriegsdienst!

(zitiert nach [www.securityconference.de](http://www.securityconference.de))

## 2. März 2008: Kommunalwahl

# Wählt links!

Auszüge  
aus dem Programm zur  
Kommunalwahl 2008

DIE LINKE. steht ein für ein solidarisches München, ein München für alle, die hier leben. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem sozialen Status, Einkommen und Alter am gesellschaftlichen Leben in München teilhaben können. Wir wollen, dass sie sich München leisten können und die Chance haben ihre Fähigkeiten zu entwickeln und einzubringen. Solidarität bedeutet für uns auch, einzutreten für die, die anders leben wollen, als es dem herrschenden Familienbild entspricht und für diejenigen, die aufgrund unerträglicher Bedingungen in ihren Heimatländern zu uns kommen. Solidarität heißt, die Umwelt konsequent und nachhaltig zu schätzen, für uns selbst und die uns nachfolgenden Generationen. Und solidarisch treten wir allen RassistInnen und FaschistInnen entgegen.

Solidarisches München heißt für DIE LINKE., München gemeinsam gestalten, mit den sozialen Initiativen und Bewegungen, den Gewerkschaften, den Friedens- und Antifagruppen, mit Kulturinitiativen, Jugend- und Seniorenverbänden und vielen anderen mehr. Kurz mit allen, die sich nicht mehr nur vertreten lassen wollen, sondern selbst aktiv für ein solidarisches München eintreten.

DIE LINKE. macht Politik mit und für Menschen. So ist auch dieses Kommunalwahlprogramm entstanden. Politik machen heißt fragen: Wie wollen wir leben, wie leben wir wirklich und was müssen wir tun? Dabei wissen wir: Politik ist kein Wunschkonzert. Aber es ist mehr machbar als uns täglich durch die PolitikerInnen der konkurrierenden Parteien und die Medien mit ihren Sachzwangargumenten weisgemacht werden soll.

Warum gibt es Armut in einer reichen Stadt wie München? Es ist kein Naturgesetz, dass Kinder hungrig zum Unterricht kommen, dass die Schulklassen zu groß sind, Kinderkrippenplätze fehlen und dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können. Es muss nicht sein, dass Freizeitheime, Bibliotheken und Schwimmbäder ihre Öffnungszeiten einschränken oder ganz schließen, Kulturangebote und der öffentliche Nahverkehr immer teurer werden, dass die Infrastruktur der Kommune verlottert, auf die wir alle angewiesen sind, und öffentliches Eigentum privatisiert wird. Die Ursachen und die Verursacher sind bekannt! Der wachsende gesellschaftliche Reichtum wird immer ungleicher verteilt. So erhalten die Reichen Steuergeschenke, die die Masse der Bevölkerung finanzieren muss. Das Geld, das hier verschenkt wird, fehlt auch in den Kommunen. Die uns das hohe Lied vom Sparen singen, bedienen sich selbst immer schamloser und lassen sich bedienen - von PolitikerInnen, die hier die Situation bejammern, aber in Berlin für Hartz IV, für Auslandseinsätze der Bundeswehr, für die Einschränkung von Bürgerrechten, für die Senkung von Unternehmenssteuern und die

Verschleuderung öffentlichen Eigentums stimmen. Wer so handelt, lügt, wenn er beispielsweise den Rückgang der Geburtenrate oder die Kinderarmut beklagt. Er hat sie mit verursacht!

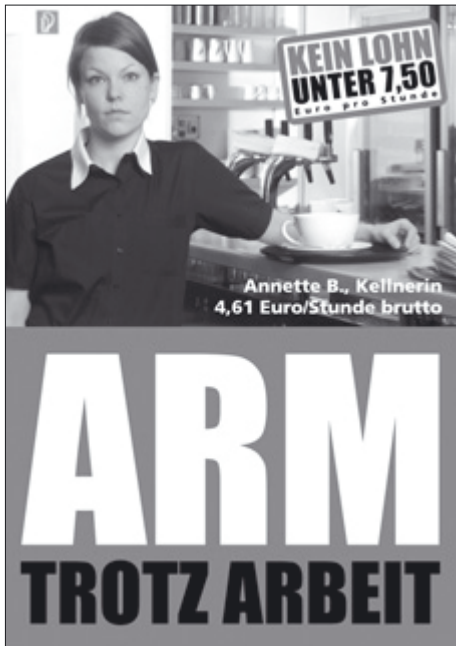
DIE LINKE. ist die einzige Partei, die im Bund, im Land und in der Kommune mit einer Stimme spricht. Wir wissen, dass in der Kommune nicht all das repariert oder ausgeglichen werden kann, was auf Bundes- und Landesebene zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger beschlossen wurde. Aber wir legen nicht die Hände in den Schoß, sondern handeln dort, wo etwas zu bewegen ist. Deshalb setzt sich DIE LINKE. im Bundestag u. a. für die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung des Mindestlohns ein. Deshalb fordert DIE LINKE. im Münchner Stadtrat die Einhaltung von Mindestlohngrenzen, auch wenn diese noch nicht gesetzlich verankert sind. Und deshalb will DIE LINKE. die Einführung des Sozialtickets für arme Bürgerinnen und Bürger. Im Bundestag stimmt DIE LINKE. gegen den Ausverkauf der Deutschen Bahn, in München stellen wir uns allen Bestrebungen entgegen, kommunale Einrichtungen zu privatisieren. Privatisierung heißt: Wenige verdienen und die Bevölkerung zahlt die Zeche.

Kommunales Handeln braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger! Wir wollen, dass die Menschen sich aktiv in die Gestaltung ihrer Lebensumstände einschalten und auch einschalten können. Dafür ist die kommunale Ebene besonders gut geeignet. Daher treten wir für eine Erweiterung der kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten ein, zum Beispiel durch die Einführung eines Bürgerhaushalts auf Bezirksausschussebene.

Kommunales Handeln braucht entsprechende finanzielle Spielräume. Geld dafür wäre vorhanden! Würden die politisch Verantwortlichen eine konsequente Wirtschafts- und Steuerpolitik im Sinne des Gemeinwohles betreiben, könnten längst überfällige und notwendige Ausgaben getätigt werden. Warum werden die Unternehmen, die hier ihre Gewinne erarbeiten lassen und realisieren, nicht durch entsprechende Erhebung und Anhebung der Unternehmenssteuern angemessen an der Finanzierung kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen beteiligt? Hier kann und muss auch der Stadtrat seine Stimme erheben und dazu beitragen, dass entsprechende Gesetze auf den Weg gebracht werden. Dafür setzt sich DIE LINKE. ein.

DIE LINKE. ist eine noch junge Partei, aber sie wirkt bereits! Unsere Themen sind in aller Munde. In München hat DIE LINKE. daran ihren Anteil, auch im Stadtrat.

Unterstützen Sie bei der Kommunalwahl DIE LINKE. offene Liste München: Damit die Stimme für Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Bürgerrechte, Frieden und Ökologie noch deutlicher hörbar wird!



Freude bei der SPD: mit dem Mindestlohn bei der Post sei ein Einstieg in den flächendeckenden Mindestlohn geschafft.

Die Unternehmer und Teile der CDU fühlen sich aber auch bestätigt: der Mindestlohn vernichte Arbeitsplätze, behaupten sie. Als Beweis gilt ihnen, dass der Briefdienstleister Pin für sieben seiner 91 Tochtergesellschaften Insolvenz anmelden musste (inzwischen sind es bereits 37). Darunter auch die Tochter in München, die 2,9 Millionen Verluste eingebracht hat. Die Verluste stammen zwar aus der Zeit vor Einführung des Mindestlohns, der ja erst ab 1. Januar 2008 gilt - doch das stört die Hetzer nicht. Schon seit Monaten zeichnete sich ab, dass die Geschäfte trotz der Armutslöhne nicht wie erwünscht liefen. Ein Angestellter von Pin berichtete, er habe nie einen schriftlichen Vertrag gesehen und Überstunden seien ihm nicht bezahlt worden (Süddeutsche Zeitung vom 22./23. Dezember 2007). Pin hatte sich zudem durch zahlreiche Firmenaufkäufe übernommen. Da half auch die eigens gegründete Gewerkschaft nicht, die die Pin-Arbeiter zwang, gegen den Postmindestlohn und damit für ihre Hungerlöhne zu demonstrieren.

Springer, mit 64 Prozent Mehrheitsbesitzer von Pin, ließ den Verkauf seiner Anteile an den bisherigen Geschäftsführer Günter Thiel aus rein politischen Gründen scheitern. Laut Focus äußerte sich Thiel frustriert: „Denen ging es gar nicht um den Verkauf. Sonst hätten sie alles versucht, die Pleite abzuwenden.“ Springer wollte die Pleite auf den Postmindestlohn schieben, was große Teile der Medien sofort aufgriffen.

In anderen Branchen soll es jetzt weiter gehen. Bis zum 31. März 2008 können alle Wirtschaftszweige einen Antrag zur

Aufnahme in das Entsendegesetz stellen, bei der Entsorgungswirtschaft und dem Fleischhandwerk sind Verhandlungen schon angekündigt. Verdi strebt diese auch im Pflegebereich an.

Unternehmer und Gewerkschaft müssen sich auf einen Mindestlohn einigen, dann kann die Regierung beschließen, ihn für allgemeinverbindlich zu erklären. Es liegt also ausgerechnet im Ermessen der Unternehmer, ob sie das Vorgehen z. B. zur Abwehr der Konkurrenz (s. Post) für sinnvoll halten. Beim Bau gilt wegen der ost- oder südeuropäischen Dumpinglöhne deshalb schon lange ein Mindestlohn.

Dort, wo kein Tarifvertrag besteht, ist die Regelung ohnehin nicht möglich. Und in Bereichen mit tariflichen Niedrig- oder Hungerlöhnen wie im Wachdienst, im Fri-

Neuen Brief- und Zustelldienste ab!

Wir brauchen deshalb einen gesetzlich festgesetzten Mindestlohn. Der wird zwar bei weitem nicht alle Probleme von prekär Beschäftigten und von Lohndumping lösen können - das geht im Kapitalismus nicht - wäre aber ein Fortschritt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist dafür.

Und schon wittert die SPD hier ein Wahlkampfthema! Sie will die kommenden Wahlen zu „Volksabstimmungen“ über den Mindestlohn machen. Das hätte sie zwar längst haben können, wenn sie gemeinsam mit der Linkspartei und den Grünen für ihn gestimmt hätte. Wie ernst sie es meint, bleibt also offen.

Bei der Höhe eines gesetzlichen Mindestlohns hat sich die SPD noch nicht festgelegt. Der „Wirtschaftsweise“ Bert Rürup

## Einstieg geschafft?

seurhandwerk oder im Gastronomiebereich würden die bestehenden Armutslöhne nur zementiert.

Und auch bei der Post AG werden nicht alle Kollegen den Mindestlohn erhalten. Ein Teil der Mitarbeiter wurde bereits in Firmen mit Niedriglöhnen ausgegliedert. Die Kollegen haben dann die Wahl zwischen Outsourcing und Entlassung, wenn sie sich nicht geschlossen wehren.

Während die Pin Group inzwischen angekündigt hat, den Mindestlohn zu bezahlen, um nicht öffentliche Auftraggeber zu verlieren, will der niederländische Postkonzern TNT den Mindestlohn umgehen: er werde in Zukunft nach dem Tarifvertrag für Mehrwertdienstleister bezahlen, d. h. 7,50 € im Westen bzw. 6,50 € im Osten (statt 9,80 bzw. 8 €). Diesen Tarifvertrag schloss der Verband der privaten Briefdienste erst kürzlich mit der selbst gegründeten sogenannten „Gewerkschaft“ der

findet 4,50 € vertretbar, Müntefering dachte mal an 6 €. Selbst bei 7,50 €, wie der DGB es fordert, bräuchte ein Kollege meist noch zusätzlich Hartz IV (je nach Miethöhe usw.). Das bedeutet, dass es sich um einen Kombilohn handelt, dass der Mindestlohn aufgestockt werden muss. Für die Kapitalisten ist das eine Einladung zu weiterer Lohndrückerei - der Staat schießt ja zu, wenn die Miete nicht bezahlt werden kann! Verdi München fordert deshalb 9 €, womit wenigstens die Pfändungsfreigrenze (zur Zeit 989,99 € bei einem Alleinstehenden) durch den Nettolohn überschritten wird. Der Postmindestlohn setzt jetzt einen neuen Maßstab - er darf nicht unterschritten werden! Man muss von seiner Arbeit auch leben können. 9,80 € pro Stunde ist eine äußerst bescheidene Forderung - Kinder kann man damit als Alleinverdiener schlecht großziehen. *rem*

### TELEKOM:

## Beamte und Leistungslohn im Visier

Jetzt sind die Beamten dran! Sie sollen gehen. Das wäre doch eine elegante Lösung für Konzernchef Obermann, wenn er so einen großen Teil der Belegschaft los würde. Sie sollen in Call Centern der Behörden oder als „Mindestlohnkontrollure“ (den es ja erst in ganz wenigen Branchen gibt!) arbeiten, aber - leider, leider - Bund und Länder wollen sie auch nicht. So erfahren jetzt auch die Beamtinnen und Beamten bei der Telekom, was es heißt, dem Druck einer profitgierigen Geschäftsleitung ausgeliefert zu sein. Hätten sie mal mitgestreikt im Sommer, dann hät-

te das Ergebnis vielleicht anders ausgesehen ... Sie sollten nachdenken, ob ihr Arbeitsplatz sicher ist bei dem Kurs der Telekom. Und auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen trifft sie genauso.

Die ganze Belegschaft steht zur Zeit massiv unter Druck: Wochenendarbeit und Spätdienste belasten viele Kolleginnen und Kollegen.

Dafür gibt's die Ausweitung des Leistungsanteils am Lohn. Es gibt ja jetzt Zielvereinbarungen, die mit den Teamleitern vereinbart und unterschrieben werden müssen. Die Kriterien klingen objektiv, die

# Abbau bei BMW

8.000 Jobs sollen bei BMW bundesweit beseitigt werden, hauptsächlich Zeitarbeiter. In München könnten 1.000 Kollegen betroffen sein. Bei der Stammbelagschaft werde der Abbau „sozialverträglich“ vor sich gehen, wie es so schön heißt. D. h. also über Fluktuation, Altersteilzeit und Abfindungen. Aber die Jobs sind trotzdem weg. Die Börse reagierte mit Jubel.

Sozial verträglich ist das nicht. Die Begründung der Geschäftsleitung ist: die Rendite stimmt nicht, trotz Rekordgewinn. Die Umsatzrendite müsse bis 2012 auf acht bis zehn Prozent steigen. Die anderen Automobilkapitalisten wie Audi und vor allem Daimler würden mehr verdienen. (Dort ist der Personalabbau schon durchgesetzt worden. Nach einiger Zeit wird dann umgekehrt wieder BMW das Vorbild sein. Und so jagt ein Sparpaket das andere.)

Die Produktivität soll weiter massiv gesteigert werden, um fünf bis zehn Prozent jährlich. „Wir werden künftig für das gleiche Geld länger arbeiten müssen,“ so Vorstandschef Norbert Reithofer. Wer wir? Er? Die Belegschaft soll auf bezahlte Pausen und Überstundenzuschläge verzichten! Der Krankenstand soll gesenkt werden! Bis

2012 sollen dadurch sechs Milliarden Euro eingespart werden.

Der Betriebsrat und die IG Metall tragen das mit. Durch die Zeitungsmeldungen vom Personalabbau „hat die BMW-Kultur einen Schaden erlitten“, meint der Betriebsratsvorsitzende Schoch (Süddeutsche Zeitung vom 19./20. Januar 2008; er ist übrigens auch stellvertretender Chef des Aufsichtsrats.) Also nicht durch das Prinzip „Profit geht über alles“, sondern durch die Schlagzeilen sei der Schaden entstanden! Selbst die Süddeutsche Zeitung urteilt daraufhin über Schoch: „mehr Manager als Arbeiterführer“. Die Belegschaft muss die gesteigerten Renditeerwartungen mit massiver Arbeitsverdichtung bezahlen. Die Kollegen sind jetzt schon fix und fertig. Schoch rechtfertigt das Verhandlungsergebnis. Weil „die Arbeitsplätze unserer Stammmitarbeiter“ damit gesichert würden. Doch die „Erfahrung lehrt,“ meint Hans Köbrich, gewerkschaftlicher Vertrauenskörper-Leiter im Werk Berlin, „dass in einer solchen Situation verstärkt personen- oder verhaltenbedingte Gründe für Entlassungen gesucht werden.“ Und der Personalchef Baumann gibt zu, dass sich BMW „auch von vielen Ingenieuren trennen will“ (lt. Süddeutscher Zeitung). *rem*

## Erfolg für Leiharbeiter?

Stolz berichtete die IG Metall Anfang Dezember, dass sie für die Leiharbeiter bei BMW eine Lohnuntergrenze von 11,62 € pro Stunde durchgesetzt habe. Vorher hatten diese zum Teil nur 7,50 € in der Tasche. Der reguläre Tariflohn beträgt 12 €. Also wirklich ein Erfolg, meint man.

Doch schon eine Woche später gibt BMW bekannt, dass etwa 8.000 Stellen eingespart würden. Betroffen sind hauptsächlich Leiharbeiter. Da kann BMW leicht großzügig sein, wenn fast keine Leiharbeiter mehr im Werk sind!

Die Pläne für die Arbeitsplatzvernichtung waren übrigens dem Betriebsratsvorsitzenden Schoch wie dem IG-Metall Bezirksleiter Neugebauer schon seit der Aufsichtsratsitzung im Mai 2007 bekannt. Beide sind Mitglieder im Aufsichtsrat. *rem*

Ziele sollen erreichbar sein – wobei da sicher auch verschiedene Einschätzungen zwischen Mitarbeiter/in und Führungskraft existieren. Man kann also nicht direkt von einer Nasenprämie sprechen, aber wer beim Aushandeln der Leistungsziele die Nase vorn hat, hat einen deutlichen Vorteil. Das besonders Fatale aber ist, dass das Erreichen der Ziele des Einzelnen, des Teams, des Teilunternehmens sowie des Gesamtunternehmens sich direkt auf den Geldbeutel jeder Kollegin, jedes Kollegen auswirken wird. Noch kaum jetzt in der Übergangsphase, aber danach, in zwei Jahren. Denn es gibt keine Gesamtlohnsumme mehr, die die Telekom bereitstellen muss. Sondern durch jede Schlechterbewertung spart der Konzern. Er hat also ein Interesse daran, dass möglichst viele Kol-

legen schlecht bewertet werden.

Deshalb hatte sich die verdi-Betriebsgruppe vor den letzten Gehaltstarifverhandlungen ausdrücklich für die Rücknahme oder massive Einschränkung der Leistungslohnstarifverträge ausgesprochen. Solche Vereinbarungen dividieren die Belegschaft auseinander. Eine Belegschaft muss die Konkurrenz unter den Beschäftigten möglichst klein halten, muss stattdessen die Solidarität organisieren, damit alle zusammen gemeinsam für mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen usw. streiten. Wenn nun manche hoffen, dies durch die Zielvorgaben zu erreichen, spaltet das die Belegschaft und schwächt damit die Kampfkraft.

Die Geschäftsleitung versteht nur die Sprache des offenen Protests. Beim Streik-



Das Image muß aufpoliert werden



ende haben viele Kolleginnen und Kollegen gesagt: wenn wir jetzt auch die Ausgliederung nicht verhindert haben, wir haben gelernt zu kämpfen. Das werden wir bei der neuen Firma weiterführen. *rem*

## AufDraht

Herausgeber:  
DKP München und  
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung  
München

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:  
Hans Koller, Holzapfelstr. 3,  
80339 München, Telefon 44 82 27 1  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag  
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de



Der Tarifkampf der Lokführer scheint vorüber. Die Rahmendaten für einen Tarifvertrag sind per Unterschrift fest gezurrt. Wenn jetzt Mehdorn nicht wortbrüchig wird und durchknallt, ist für die Lokführer der monatelange Kampf vorbei.

Im März 2007 forderten die in der GdL organisierten Lokführer folgende wesentliche drei Punkte: einen eigenständigen Tarifvertrag, Verkürzung der Arbeitszeit von 41 auf 40 Wochenstunden und ohne Zweifel provokant 31 Prozent Lohnerhöhung. Bekommen haben sie nach mehrmaligen Kampfmaßnahmen: einen eigenständigen Tarifvertrag, eine Verkürzung der Arbeitszeit wie gefordert sowie eine Lohnerhöhung von zunächst 8 Prozent zum 1. März sowie wei-

## Kämpfen lohnt sich!

tere 3 Prozent zum 1. September und eine Einmalzahlung in Höhe von 800 €. Kämpfen lohnt sich also!

### Mehdorn droht

Doch es wird bei der Bahn keine Ruhe einkehren, weder für die Lokführer noch für die anderen Beschäftigten. Nur wenige Tage nach der von Verkehrsminister Tiefensee stolz verkündeten Einigung droht DB-Vorstand Mehdorn auf einer Pressekonferenz Stellenabbau und Preiserhöhungen an, denn „der Tarifabschluß ist eine Niederlage nicht nur für die Bahn, sondern für den Standort Deutschland.“<sup>1</sup> Und rechnet der Öffentlichkeit jährliche Mehrkosten von 200 Millionen € vor, was selbst der FDP zuviel ist. Sie spricht von maximal 65 Millionen im Jahr.<sup>2</sup>

Auf der Bilanz-Pressekonferenz am 29. März 2007 stellte Finanzvorstand Diethelm Sack für das Geschäftsjahr 2006 fest: „So ist der Personalaufwand zwar angestiegen, dies aber deutlich unterproportional zur Entwicklung der Gesamtleistung.“ Unter Gesamtleistung verstehen

die Herren Umsatzerlöse zzgl. Bestandsveränderungen. Einfach gesagt; mit einem geringeren Lohnkostenanteil wurden höhere Umsätze erzielt. Mussten im Jahr 2005 noch 34,50 für 100 € Umsatz ausgegeben werden, waren es 2006 nur noch 30,60 €.

Und sehen wir uns die Bilanz 2006 der Deutschen Bahn an, dann sieht man sehr schnell, dass selbst 12 Prozent mehr Lohn und Gehalt für alle(!) Bahnbeschäftigten keine Katastrophe für das Unternehmen bedeuten, sondern lediglich eine andere Verteilung. Bei einem Jahresgewinn von 1,680 Milliarden betragen die „Personalaufwendungen“ 9,782 Milliarden. Steigen diese Personalaufwendungen nun um 12 Prozent, also auf 10,956 Milliarden, dann wird der Jahresgewinn um 1,174 Milliarden geringer. 1,174 Milliarden Lohn für die knapp 230.000 (also alle) Bahnarbeiter - oder für die Aktionäre. So steht die Frage.

### Solidarisch kämpfen

Man darf nun gespannt sein, ob Transnet und GDBA nachziehen und der Bahn den im Sommer 2007 abgeschlossenen Tarifvertrag kündigen. Dies ist möglich, wenn eine Berufsgruppe einen besseren Tarifvertrag erkämpft. Nun sind also die Kollegen von Transnet und GDBA am Zuge. Daß sie den sozialpartnerschaftlichen Kurs ihrer Gewerkschaftsführungen überwinden, ist dringend notwendig. Nur wer kämpft, wird Solidarität erfahren. Und angesichts der Drohungen von Mehdorn ist in den nächsten Monaten nichts dringender als Solidarität und Einheit, Mut und Courage. rw

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 2008  
<sup>2</sup> ebda.

## MAN:

# Krach um Aufsichtsrat

Ferdinand Piech sollte nicht in den Aufsichtsrat der MAN. Piech habe versprochen, MAN nicht zu zerlegen, wenn der große Nutzfahrzeugkonzern aus VW, Scania und MAN entsteht. Das Versprechen soll Piech dem Konzernbetriebsratsvorsitzenden Lothar Pohlmann gegeben haben, so gar schriftlich, wie das Kapitalistenblatt Frankfurter Allgemeine am 2. März 2007 verkündete (Auf Draht berichtete in der Ausgabe vom 13. November 2007). Das, so einige MAN-Aktionäre, schade ihnen und ihren Dividenden (Aktiengewinnen) und gingen vor das Landgericht München.

Piech und Pohlmann haben eine solche Vereinbarung nun vor Gericht bestritten. Daher entschied das Gericht, dass Piech Aufsichtsratsmitglied der MAN AG bleiben darf.

Im MAN-Aufsichtsrat ist er seit Juni 2007 Vorsitzender. Er soll, so die IG Metall Bayern, arbeitnehmerfreundlicher sein als die anderen Kapitalvertreter im Aufsichtsrat. Deshalb haben die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für ihn gestimmt.

Ferdinand Piechs Geschichte als einer der führenden Kapitalisten in Deutschland beweist aber das glatte Gegenteil.

Machen sich die Betriebsräte und IGM-Funktionäre, die im Aufsichtsrat sitzen, etwas vor? Welches Spiel spielt Lothar Pohlmann?

### Wer ist Ferdinand Piech?

In erster Linie ist er Erbe. Sein Großvater war Ferdinand Porsche. Sein Vater, der Rechtsanwalt Anton Piech war mit der Porschetochter Louise Porsche verheiratet.

Ferdinand Piech erbt 14 Prozent der Aktien der Porsche AG in Stuttgart. Die Porsche AG ist zu 100 Prozent im Besitz der verschiedenen Porsche- und Piech-Enkel und -Urenkel.

Die Porsche AG besitzt inzwischen mehr als

30 Prozent der VW AG. Die VW AG besitzt inzwischen 30 Prozent an der MAN AG. Die MAN AG und die VW AG besitzen inzwischen 52 Prozent von Scania. Und Ferdinand Porsche sitzt dazwischen wie die Spinne in ihrem Netz.

Welche Interessen Ferdinand Piech vertritt, dürfte klar sein: seine Kapitalinteressen auf größtmöglichen Profit.

Piech zeigt, wie das geht:

1992 wurde er Vorstandschef bei der VW AG. Er kaufte beim Konkurrenzunternehmen Opel deren Chef„sanierer“ Lopez ein. Lopez brachte nicht nur seine Mitstreiter, sondern auch noch kiloweise interne Firmenakten von Opel mit. Für 2.400 DM am Tag „sanierte“ er dann: Personalabbau um 7.000 Beschäftigte in zwei Jahren. Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Aus einem Verlust von 1,63 Milliarden war ein Jahr später ein Gewinn von 500 Millionen geworden.

Damit die Belegschaft bei diesem Angriff auf Lohn, Arbeitsplatz und Gesundheit ruhig hielt, leistete sich Ferdinand Piech zweierlei: einen Arbeitsdirektor Peter Hartz und einen Betriebsratsvorsitzenden Klaus Volkert. Ersterer ermöglichte letzterem u.a. ein Leben wie in der Chefetage. So verhielt sich dann Klaus Volkert auch. Die Profite der VW AG, von Ferdinand Piech stiegen. Im Jahr 2001 zahlte die VW AG die höchste Dividende in ihrer Geschichte aus. Ferdinand Piech suchte neue Anlagemöglichkeiten für sein Kapital und das der Porsche/Piech-Clique. Jetzt waren MAN und Scania fällig. Bei beiden stieg die VW AG massiv ein.

Und dieser Ferdinand Piech soll ein Freund der Arbeitnehmer sein? Vielleicht der Freund von bestimmten auserwählten Figuren wie z.B. Klaus Volkert. Aber sicher nicht von uns Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten. *H. Kern*

### So, jetzt ist's gerichtsmässig!

Nicht nur vom Hörensagen ist bekannt, dass ein über 50 Jahre alter arbeitsloser Schlosser keinen Arbeitsplatz mehr in seiner Branche bekommt. Alle bisherige Erfahrung zeigt dies. Und das Arbeitsamt hat es obendrein bestätigt. Das Landgericht München I hat mit eben dieser Begründung einen zu Unrecht in U-Haft eingesessenen und während dessen von seinem Arbeitgeber gekündigtem 58jährigen Betriebsschlosser eine monatliche Rente von 3.363 Euro (abzüglich Sozialabgaben) als Schadenersatz zu gesprochen. Und das bis zum offiziellen Rentenbeginn mit 67 im Jahre 2016!

Die einhellige Meinung der Kollegen, die von dieser Geschichte hörten: Das muss ein ganz schäbiger Arbeitgeber gewesen sein, der einen Kollegen rauschmeißt, weil und während er in U-Haft war. Solange jemand nicht verurteilt ist, hat er als unschuldig zu gelten! Als sich die Unschuld des Kollegen heraus stellte und er auf „freiem Fuß“ war, wurde seine Wiedereinstellung abgelehnt, weil die betreffende Abteilung umstrukturiert wurde und der Arbeitsplatz weggefallen sei. Als ob ein Betriebsschlosser, ein Allround-Mann, nicht überall einsetzbar wäre.

Schäbiges Verhalten? Es handelt sich um die Welfirma MAN!

H.K.

(alle Zahlen nach SZ, 2.12.2007)